

Nürnberg.

SPD

DER SPRINGENDE PUNKT



MONATLICHE ZEITUNG DER SPD NÜRNBERG – AUSGABE 05/2024

EIN VOLLER ERFOLG!

Der erste Mitmachparteitag der
Nürnberger SPD



Fotos: R. Löster

von NASSER AHMED

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,

Viele von Euch werden es gelesen haben oder waren sogar selbst vor Ort in der Meistersingerhalle dabei: Am Samstag, den 20. April haben wir mit unserem „Mitmachparteitag“ etwas ganz Neues in der 158-jährigen Geschichte unserer Partei organisiert.

Wir haben an diesem Tag wichtige Entscheidungen getroffen, ganz viele spannende und tolle Menschen getroffen und noch mehr Ideen und Impulse für unsere politische Arbeit bekommen. Dafür als erstes gleich mal ein herzliches Dankeschön an alle, die dabei waren und an alle, die mitgeholfen haben, dass diese besondere Veranstaltung stattfinden konnte.

An dieser Stelle möchten wir in aller Kürze darüber berichten.

Begonnen hatte dieser Tag für uns mit einer eigentlich „normalen“ Jahreshauptversamm-

lung unter der Leitung von Yasemin Yilmaz, Thorben Starke und Anil Altun, die uns souverän durch den Tag geleitet haben – vielen Dank dafür! Ganz „normal“ war aber auch schon dieser erste Teil nicht: Zum einen wurde Roland Weiniger für die AG der Selbständigen in den Unterbezirksvorstand gewählt – herzlichen Glückwunsch!

Und zum anderen haben wir unsere wichtige Parteireform einstimmig verabschiedet – das ist ein starkes Zeichen.

Wir wollen Euch, liebe Leserinnen und Leser, jetzt nicht mit Details behelligen, aber kurz gesagt: Wir passen unsere Parteistrukturen an die aktuellen Gegebenheiten an und schaffen in unserem neuen „Partei-forum“ mehr Zeit und Raum für das Besprechen und Thematisieren wichtiger Zukunftsfragen. Außerdem öffnen wir unsere Partei noch mehr für Nicht-Mitglieder; die Nürnberger SPD wird damit noch mehr als bisher zu einer „Mitmachpartei“.

Und diesen Anspruch haben wir am gleichen Nachmittag auch gleich eingelöst.

In vier Themen-Foren entwickelten wir Ideen für eine solidarische Stadtgesellschaft, für gute Arbeit, für eine lebenswerte Stadt und für die Stärkung unserer Demokratie. Unter der Leitung unserer Sozialreferentin Elisabeth Ries, der sozialpolitischen Sprecherin der Fraktion, Diana Liberova, unseres stellvertretenden Vorsitzenden Bernd Hampel, der Fraktionsvorsitzenden Christine Kayser und unserem Vorsitzenden Nasser Ahmed, haben wir uns gut drei Stunden intensiv ausgetauscht und gearbeitet.

Schon allein das war kein gewöhnlicher Ablauf eines Parteitags, aber wir wollten diesmal einen echten „Mitmachparteitag“ veranstalten. Und so haben wir für diese Foren diesmal nicht nur wie sonst alle gewählten Delegierten eingeladen, sondern auch alle interessierten Nürnbergerinnen und Nürnberger. Und, was sollen wir sagen? Die SPD hat gerufen – und viele sind gekommen! Gut 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer, davon knapp >>



Fotos: R. Löster



Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Nasser Ahmed

Redaktion: Nasser Ahmed,
Vanessa Kurowski, Oguz Akman

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift:

SPD Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare

Gedruckt auf zertifiziertem Papier mit Ökofarbe.



100 Bürgerinnen und Bürger ohne SPD-Parteibuch, haben über die Zukunft unserer Heimatstadt mitdiskutiert. Es war richtig toll, die Energie zu spüren, die von den vielen Menschen ausging. Ganz viele haben uns während der Veranstaltung und auch noch im Nachgang angesprochen und sich gefreut, mitreden und mitgestalten zu können.

Das unterstreicht unsere politische DNA als Mitmachpartei. Uns geht es darum, die besten Ideen für Nürnbergs Zukunft zu entwickeln. Da ist zweitrangig, ob man Parteimit-

glied ist oder nicht. Und bei den derzeitigen Gefahren für unsere Demokratie gilt auch: Demokratinnen und Demokraten müssen zusammenstehen.

Wir haben wirklich jede Menge guter Ideen, konkreter Vorschläge und ganz viel wertvollen Input bekommen. Dafür möchten wir uns bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an dieser Stelle nochmals ganz herzlich bedanken!

Gemeinsam mit unserem Team im Rathaus geht es jetzt an die Umsetzung konkreter Punkte. Andere Ideen vom Mitmachpartei-

tag werden wir aufnehmen und weiterentwickeln, damit sie Teil unseres Programms für die Kommunalwahl 2026 werden können. Unser Ziel ist ein noch schöneres und lebenswerteres Nürnberg und dafür braucht es eine stärkere SPD 2026 – damit diese Impulse in Zukunft noch besser umgesetzt werden können!

Wir merken es und wir freuen uns darüber: Gerade ist in unserer Nürnberger SPD ganz viel in Bewegung gekommen, denn nicht umsonst trug unser erster Mitmachpartei-tag den Namen „Aufbruch 24“!

SOLIDARISCHE STADTGESELLSCHAFT

von ELISABETH RIES

Vielfalt und Verbundenheit kennzeichnen eine solidarische Stadtgesellschaft. Solidarität bedeutet, Politik unter kluger Abwägung der Interessen zu gestalten, aber auch, dass die Stärkeren mehr einbringen, um Schwächere zu unterstützen. Nürnberg bringt dafür – auch wegen der jahrzehntelangen sozialdemokratischen Handschrift in der Rathauspolitik – vieles mit, was wir in Zeiten der Krisen bewahren und für die Zukunft weiterentwickeln wollen. Das geht niemals im Alleingang, sondern nur im Miteinander zwischen Generationen, Positionen und Bedürfnissen, erfordert Empathie, Teamfähigkeit und fairen Ausgleich.

An vier Thementischen diskutierten in dem von Elisabeth Ries, Referentin für Jugend, Familie und Soziales, und Diana Liberova, sozialpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, geleiteten Forum über 70 Genoss*innen und Interessierte sehr konzentriert an vier Thementischen – danke an die Gastgeberinnen Canan Candemir, Brigitte Reuter, Yasemin Yilmaz, Aynur Kir und Gabi Penzkofer-Röhl. Gerechtes Aufwachsen braucht Räume und Finanzen für junge Menschen. Verbindungen und Übergänge zwischen Lern- und Bildungsorten – Kinder- und Jugendarbeit, Hort, Sport, Kultur und Schule – ermöglichen Teilhabe. Über ihre Erfahrungen in der non-formalen Bildung berichteten Sabine Zieser vom Theater Mumpitz, Marc Kullenberg vom Post SV und Ulrich Bauer-Marks, Evangelische Gemeinde Mögeldorf.

Über gutes Älterwerden sprachen Michael Schobelt, AWO Nürnberg, Annette Weigand-Woop und mehrere Vorstandsmitglie-

der von Hehani e.V. Der Pflegenotstand muss ernsthaft angegangen werden, außerdem sind Netzwerke in den Nachbarschaften zu knüpfen. Physische, sprachliche und digitale Barrieren müssen abgebaut werden, um Einsamkeit zu lindern.

Wohnraum in der wachsenden Stadt zu fairen Bedingungen für alle, auch für benachteiligte Gruppen, bleibt das Ziel, über das Ilse Weiß und Karola Pörschke vom Straßenkreuzer e.V., Gerda Peter, Evangelisches Siedlungswerk Bayern und Gunther Geiler vom Mieterbund Nürnberg mit den Teilnehmenden diskutierten, anhand konkreter Instrumente von Bodenpolitik und Wohnungsaufsicht über praktikable Nachverdichtung bis hin zu Anreizen zum Wohnungsaustauschbörsen.

Ein großes Potenzial liegt im zivilgesellschaftlichen Engagement – wie wir es stärken und sichtbar machen können, beschäftigte Hassan Khalaf, Zentrum Aktiver Bürger, und Ella Schindler, Frauenpreisträgerin und Vorstand der Neuen Medienmacher*innen sowie des Partnerschaftsvereins Nürnberg-Charkiw, am vierten Themen-tisch: zum Beispiel, indem Einsatzfelder

bekannt gemacht, die Vorteile des Ehrenamts herausgestellt, inklusiv und diversitätssensibel vorgegangen und die „Babyboomer“ an der Schwelle in den Ruhestand für das Ehrenamt begeistert werden.

Vielen Dank allen Teilnehmer*innen für Zeit, Herzblut, Inspirationen, Impulse und geballtes Wissen! Sie alle haben deutlich gemacht, dass sie sich auch weiterhin gemeinsam für die solidarische Stadtgesellschaft engagieren wollen.



Elisabeth Ries
REFERENTIN FÜR JUGEND,
FAMILIE UND SOZIALES



Diana Liberova
SOZIALPOLITISCHE SPRECHERIN
SPD-STADTRATSFRAKTION

**FORUMS-
LEITUNG**



GUTE ARBEIT

Fotos: R. Löster

von **BERND HAMPEL**

Im Forum „Gute Arbeit“ stellte zunächst Dr. Dierk Hirschel, der Chefökonom der Gewerkschaft ver.di, die Herausforderungen und Veränderungen für die Beschäftigten und Gewerkschaften der letzten Jahrzehnte dar. Viele Betriebe bezahlen ihre Beschäftigten nicht mehr nach Tariflohn. Neben den Problemen, die dadurch aktuell entstehen, hat diese Entwicklung aus Sicht des Ökonomen auch negative Auswirkungen auf die Rentenentwicklung der Zukunft. Die Schuldenbremse wirkt aus seiner Sicht hemmend in den Bereichen Infrastruktur und Gesundheit. Er zeigte als mögliche Lösungsmöglichkeiten eine Stärkung des Tarifsystems, einen Mindestlohn von 14€, Vergaben öffentlicher Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen, eine Überarbeitung oder Abschaffung der Schuldenbremse und eine armutsfeste soziale Sicherung. Nach dem Impulsreferat moderierte Lutz Egerer eine Fishbowl-Diskussion. Teilnehmer*innen waren Rita Wittmann (Geschäftsführerin der Gewerkschaft ver.di), Andreas Weidemann (Bevollmächtigter der IG Metall Nürnberg), Matthias Birkmann (Geschäftsführer der EVG Nürnberg), Dr. Dierk Hirschel (Ökonom) und Bernd Hampel (stv. Vorsitzender der SPD Nürnberg) und eben ein freier Stuhl; auf diesen konnte sich jeder setzen, der mitdiskutieren wollte. Die besprochenen Themen waren vielfältig. Von verschiedenen Seiten wurde z. B. das Thema Vergaberecht angesprochen. Sowohl in den Kommunen, aber auch in Bayern sollten aus Sicht der Anwesenden Ausschreibungen an soziale Kriterien geknüpft werden. Nürnberg hat da in seiner Vergabeordnung schon erste Schritte gemacht, die bayerische Staatsregierung weigert sich auf Landesebene jedoch beharrlich, eine entsprechende Regelung einzuführen. Man erkennt hier sehr genau, dass es eben schon etwas ausmacht, wer regiert. Ein weiteres Thema war die Rückführung ausgegliederter Gesellschaften in den Tarif-

vertrag des öffentlichen Dienstes. In der Diskussion haben sich Beschäftigte der Klinikum Nürnberg Servicegesellschaft (KNSG) zu Wort gemeldet. Rückblick: Nach langen Protesten durch die Beschäftigten der KNSG und sich daran anschließenden Verhandlungen der Nürnberger SPD mit dem Kooperationspartner CSU war die Rückführung der Beschäftigten in den TVöD beschlossen worden. Nun geht es um die korrekte Eingruppierung der Kolleg*innen. Es muss darauf geachtet werden, alle gesetzlichen und tarifvertraglichen Regelungen einzuhalten.

Das Thema Industrie und Industriepolitik spielte in der Diskussion ebenfalls eine große Rolle. Es wurde vor allem über aktive Industriepolitik vor Ort gesprochen. Das Aus für das ICE-Werk in der Region Nürnberg hat aus Sicht der Diskussionsteilnehmer*innen negative Auswirkungen weit über den Bahnstandort Nürnberg hinaus. Das Nein des Ministerpräsidenten und des Oberbürgermeisters zu diesem Werk, nachdem man es zu Beginn befürwortete, macht Nürnberg nicht attraktiver für große Industrieprojekte. Zukunftsgerichtet wurde diskutiert, dass man den reaktivierten Gewerkschaftsrat nutzen muss, um bei anderen großen Projekten eine positive Öffentlichkeit herzustellen.

Weitere Themen waren die Technische Universität und der Bildungsstandort Nürnberg. Eine junge Auszubildende stellte die Frage, wie der Ausbildungsstandort Nürnberg für Unternehmen und Azubis weiterhin attraktiv oder im Idealfall noch attraktiver werden kann. Hervorgehoben wurde, dass das eigene kommunale Schulwesen der Stadt Nürnberg ein klarer Standortvorteil ist.

FORUMSLEITUNG

Bernd Hampel
STV. SPD-VORSITZENDER



von **CHRISTINE KAYSER**

Drei Impulsvorträge gaben den Auftakt zum Themenforum „Lebensqualität in der Stadt der Zukunft“.

Angefangen hat Bertram Schultze von Coloured Fields GmbH, der über seine großen Nürnberger Projekte wie „Auf AEG“ und „Beim BAST“, dem ehemaligen Hefewerk im Stadtteil Buch, referierte und Inspirationen für die Umwandlung von ehemaligen Industrieflächen und -gebäuden zu Wohn- und Lebensräumen gab. Die Umwandlung von Brachflächen und die Revitalisierung von Industrieanlagen im Kontext von integrierter Stadtentwicklung ist eines der Zukunftsthemen. Vorgestellt wurde uns, wie verlassene Orte zu hoch attraktive, lebendige Quartiere entwickelt wurden und werden.

Sandra Engelhardt vom Urban Lab gab in ihrem Impuls Denkanstöße für eine ökologisch-nachhaltige Stadtentwicklung und wie eine demokratische Partizipation gelingt. Ihr Thema war der öffentliche Raum und seine Nutzung und wie ein Miteinander gelingen kann. Ich habe die aktuellen Schwerpunkte unserer nachhaltigen Stadtentwicklung erläutert und

von **NASSER AHMED**

Wieso dieses Forum?

Die Idee zu einem eigenen Forum für die Verteidigung der Demokratie kam mit den großen Demonstrationen Anfang 2024 auf. Damit reagierten wir auf das Bewusstsein in der Bevölkerung, dass etwas ins Rutschen geraten ist. Unsere Demokratie steht unter Beschuss – es besteht die Gefahr, dass Nazis und Faschisten mit demokratischen Mitteln die Demokratie aushebeln könnten. Diesen Schluss lassen nicht zuletzt die Wahlprognosen bei den Europa- und den anstehenden Landtagswahlen zu. Daher stellte die SPD Nürnberg in diesem Forum die Frage: Was können wir tun, um unsere Demokratie zu verteidigen? Es ist kein Wunder, dass dieses Forum das bestbesuchte des Mitmachparteitags war. Fast 100 Menschen waren zum Forum angemeldet.

Einstieg ins Forum

Im ersten Teil stellten der Nürnberger Theaterpädagoge Jean-Francois Drozak und der Essener Autor und Pressesprecher von Volksverpetzer.de Marcello Orlik sich und ihre Arbeit vor. Unser Vorsitzender Dr. Nasser Ahmed befragte sie zu ihrem Zugang zum Kampf gegen Rechts, Fakenews und Hetze. Hauptideen waren, dass sich Rechts-extreme zwischenzeitlich mit ganz neuen Strategien in fast alle Milieus und Klassen eingeschlichen haben und versuchen, Fuß zu fassen. „Glatzen haben keine Glatzen mehr.“ Sie folgen vielmehr dem Skript linker Vor-denker wie Gramsci und Foucault und versu-

LEBENSQUALITÄT IN DER STADT DER ZUKUNFT

habe das Konzept Schwammstadt bzw. was-sensensible Stadtplanung anhand eines unserer letzten großen Stadtentwicklungsgebiete „Wetzendorferpark“ erläutert. Und „Wie geht Schwammstadt im Bestand“ am Beispiel der geplanten Klimameilen im Freiraumkonzept Süd, der dicht bebauten Nürnberger Südstadt aufgezeigt. Durch die gesamte Veranstaltung hat uns Fabian Meissner, wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Stadtratsfraktion, professionell geführt.

In den Zukunftswerkstätten an fünf Tischen wurde angeregt und konstruktiv über folgende Fragestellungen diskutiert und gleichzeitig eine Sammlung an Ideen erstellt:

- „**Wohlfühlen im Quartier**“, moderiert von Anil Altun. Was braucht es, damit wir uns wohl und sicher fühlen im Quartier?
- „**Innenstadt**“, moderiert von Jaana Hampel. Wie gestalten wir unsere Innenstadt, damit das Geschäftsleben floriert und wir uns gerne dort aufhalten?
- „**wohnortnahe Erholungsräume / Klimaanpassung**“, moderiert von Gerhard Groh.

Wie bekommen wir die Klimaanpassung auf Straßen und Plätzen hin und schaffen wohnortnahe Erholungsräume? Wie verteilen wir den öffentlichen Raum um, um mehr Platz für Menschen zu schaffen?

- „**Mobilität**“, moderiert von Harald Dix. Wie bewegen wir uns noch komfortabler durch die Stadt – auch ohne eigenes Auto?
- „**Gute Nachbarschaft**“, moderiert von Gagandeep Singh. Wie schaffen wir neuen Wohnraum und stärken gleichzeitig die lokale Verbundenheit und das Gemeinschaftsgefühl? Wie räumen wir gemeinsamen Aktionen und Nachbarschaft einen hohen Stellenwert ein?

Mein Fazit: Wir haben mit unseren Fragestellungen einen Nerv getroffen. Die Nürnberger*innen haben sehr gute Ideen und wollen ihre Stadt aktiv mitgestalten. Ich habe mich sehr über die vielen neuen Impulse gefreut – noch größer ist die Vorfreude, diese Impulse weiterzuentwickeln und in die Stadtratsarbeit einzubringen!



FORUMSLEITUNG

Christine Kayser
SPD-FRAKTIONS-VORSITZENDE



chen, kulturelle Hegemonie und einen Gang durch die Institutionen zu erreichen. Zudem verbreiten sie online Lügen, um Abstiegsängste, Hass gegen Minderheiten und Sehnsucht nach autoritären Antworten zu säen.

Begriffliche Schärfungen im Forum

Was ist eigentlich Extremismus und wer gefährdet die Grundfesten unserer Demokratie? Klar ist: Extremisten bewegen sich außerhalb unseres Grundgesetzes. Sie wollen unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung abschaffen oder einschränken. Die Verteidigung unserer Demokratie geht deshalb Hand in Hand mit der Stärkung ihrer Institutionen, insbesondere der Verfassung. Gleichzeitig beruht Demokratie auf Menschenwürde, Solidarität und gegenseitigem Respekt für Lebensentwürfe. Wir brauchen eine Wertedebatte und müssen die „Werte“ der völkischen Propaganda entlarven. Es gilt das Böckenförde-Diktum: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, für die er selbst nicht garantieren kann.“ Demokratien können nur überleben, wenn in der Gesellschaft demokratische Werte gelebt werden. Wenn wir also die Demokratie wehrhaft machen wollen, müssen wir auch diese Grundlagen, diese Substanz der Demokratie stärken. Hier hat die Bildung einen wichtigen Stellenwert.

Demokratiebildung

Sie findet nicht nur, aber maßgeblich in den Schulen statt. Lehrerinnen und Lehrer haben eine Verpflichtung gegenüber unserem Grundgesetz – Beamte haben sogar einen Eid geleistet. Sie sind verpflichtet, neben



schulischen Inhalten auch Werte zu vermitteln. Dafür braucht es nicht unbedingt ein eigenes Schulfach – Demokratiebildung kann fächerübergreifend stattfinden. Wichtig ist, dass Lehrkräfte die Spielräume, die sie haben, ausnutzen. Und dafür brauchen sie Rückendeckung – vom Ministerium, von Vorgesetzten und Eltern. Lehrpläne gehören ausgemistet und Druck muss rausgenommen werden – um Spielräume zu schaffen für wichtige Demokratiebildung. Zentral ist eine Transformation des gesamten Schul- und Bildungssystems.

Was kann der Einzelne tun?

Zum Abschluss der Veranstaltung ging es noch konkret um die Frage, was jeder und jede Einzelne in seinem Umfeld tun kann. Die Gespräche reichten über Zivilcourage beim Erleben von Rassismus und Antisemitismus über Aufklärungsarbeit in allen Lebensbereichen bis hin zu zivilgesellschaftlichem und politischem Engagement.

Ausblick

In zwei Diskussionsrunden und drei Stunden intensiver Arbeit sind wir in der Diskussion schon weit gekommen. Doch es sind noch viele Themen und Fragen naturgemäß offengeblieben. Daher hat sich die anwesende Runde entschieden, dass es das Forum Demokratie verteidigen auch über den Mitmachparteitag hinaus geben wird. Wir treffen uns voraussichtlich noch vor der Sommerpause, um weiterzuarbeiten an der Frage: „Was können wir tun, um unsere Demokratie zu verteidigen?“

FORUMSLEITUNG

Dr. Nasser Ahmed
SPD-PARTEI-VORSITZENDER
UND STADTRAT



MEHR BILDUNG WAGEN FÜR NÜRNBERG: WIR BLEIBEN DRAN - ABER ANDERS.

Die AfB Nürnberg auf der Suche nach neuen Arbeitsformen und Formaten

von CLAUDIA KUPFER-SCHREINER

Bilanz ziehen

Mit viel Elan und frischem Mut sind wir als neu gewählter Vorstand der AfB Nürnberg im Frühjahr 2022 angetreten. In einer kleinen „Klausur“ haben wir nun unsere Arbeit der letzten beiden Jahre offen und vorbehaltlos diskutiert und uns an einer Analyse und Bewertung versucht.

Ein erstes Fazit lässt sich dahingehend ziehen, dass trotz vieler guter Ansätze, Impulse und Aktionen zu wenig davon bei den Bürger*innen angekommen ist, insbesondere auch im Bezirks- und Landtagswahlkampf. Grund genug, über Ursachen und Konsequenzen für die Zukunft nachzudenken.

Das bayerische Bildungsdesaster

Ansatzpunkte für sozialdemokratische Bildungskonzepte in Bayern gab und gibt es wahrlich genug, so dass man eigentlich davon hätte ausgehen können, dass es eine Leichtigkeit wäre, die Menschen für eine andere, **unsere** Bildungspolitik zu interessieren und zu mobilisieren.

Denn die Probleme des Schul- und Bildungssystems in Bayern sind seit Jahren die gleichen: eklatanter Lehrermangel, massenhafte Unterrichtsausfälle, unzureichende sozialpädagogische Betreuung, zu wenig inklusive Bildung, Defizite in der technischen Ausstattung und dem digitalen Knowhow.

Weiterhin entscheiden sich immer weniger junge Menschen für ein Lehramtsstudium, und schon gar nicht für die Mittelschule. Teilzeitbeschäftigte sollten nach Söders Willen sogar zwangsverpflichtet werden, ihr Deputat aufzustocken. Musik, Kunst und Werken, die letzte Katastrophenmeldung aus München, werden gekürzt, „zu einem Fächerverbund zusammengefasst“, so die offizielle Sprachregelung der Staatsregierung.

Neue Wege

Einem offenen Bildungsbegriff verpflichtet, befassten wir uns anfangs zunächst mit der **Soziokultur** in Nürnberg und mit **Aspekten einer zukunftsfähigen Bildung** und legten inhaltliche Schwerpunkte unserer Arbeit fest. Mit der Idee „**AfB goes out**“ wollten wir raus aus unseren Sitzungszimmern und direkt hingehen zu Schule und Bildung in Nürnberg, wollten wieder mehr präsent sein vor Ort. So besuchten wir das Kinder-

theater **Mumpitz** und trafen uns mit dem Leitungsteam der **Michael-Ende-Schule**. Im offenen Austausch bekamen wir eine fundierte Vorstellung von den Konzepten dieser beiden Vorzeigeeinrichtungen in Nürnberg und lernten dabei auch deren Sorgen und Nöte kennen. Diese Kontakte möchten wir kontinuierlich weiterführen, zudem auf andere kommunale Einrichtungen zugehen und dabei den Austausch mit unseren Stadträt*innen im Schul- und Kulturausschuss weiter ausbauen.

Sehr informativ war der Besuch beim Team des **Bildungsbüros der Stadt**, wo wir uns über dessen Arbeit informierten und einzelne Fragen ausführlicher erörtern konnten wie zum Beispiel das Problem der **Schul- und Ausbildungsabbrecher** oder die besorgniserregende Situation in einigen **BVJs (Berufsvorbereitungsjahren) an beruflichen Schulen**, ein Problemfeld, das wir bei zwei weiteren Treffen unserer Arbeitsgemeinschaft genauer in den Blick nahmen.

Zum Thema **Sprach-Kitas und Bildungsgerechtigkeit** diskutierten wir mit zwei Fachberaterinnen für Sprach-Kitas sowohl die Praxis als auch die konzeptionellen Vorgaben von Sprachförderung im frühkindlichen Bereich und mussten (wieder) feststellen, dass Bildungsgerechtigkeit in Kitas in Bayern leider aktuell nur halbherzig umgesetzt wird und viel mehr gefördert werden müsste.

Thema Bildung im Wahlkampf 2023

Bildung war im Landtagswahlkampf der Bayern-SPD wenig präsent, wurde auch in der Präambel unseres Zukunftsprogramms 2023 für Bayern nicht thematisiert - ein Bereich, der eigentlich seinen gleichberechtigten Platz neben den zentralen Wahlkampfthemen Energie-, Wohnungs- und Gesundheitspolitik hätte einnehmen sollen. Demgegenüber stand Bildung im Bezirkstagswahlkampf deutlicher im Blickpunkt mit Themen wie zum Beispiel Inklusion oder mit der Forderung nach mehr sozialpsychologischer Betreuung für benachteiligte Kinder und Jugendliche.

Nicht zufrieden waren wir dann auch mit der Resonanz auf unsere beiden aufwändig geplanten Veranstaltungen im Landtagswahlkampf: Zum ersten **Bildungshearing** mit unseren vier Kandidat*innen kamen nur etwa 20 Genoss*innen ins Karl-Bröger-Zentrum. Eine weitere Veranstaltung, einen **Bildungsaustausch** mit allen Bezirkstags-

und Landtagskandidat*innen mussten wir aufgrund einer zu geringen Anzahl von Anmeldungen gleich ganz absagen.

Unsere **Postkartenaktion** zu Bildungsfragen verlief dagegen wesentlich erfreulicher: Pointiert wiesen wir auf Versäumnisse der bayerischen Bildungspolitik hin und skizzierten unsere Vorstellungen einer guten und gerechten Bildungspolitik. Die Kärtchen wurden an Infoständen und bei Veranstaltungen verteilt, auch wurden sie von der AfB Bamberg bei uns nachgefragt und dort im Landtagswahlkampf, wie wir erfahren haben, sehr erfolgreich eingesetzt.

Wohin geht die Reise?

Wir möchten uns weiterhin für mehr Bildungsgerechtigkeit und vor allem für gute Bildung in unserer Stadt engagieren. Wir wollen dazu neue Wege gehen, andere Arbeitsformen und Veranstaltungsformate erproben. Dabei soll weniger mehr sein: Statt bildungspolitischer Grundsatzdiskussionen sollen lokal relevante Herausforderungen und Probleme im Mittelpunkt stehen, für die wir jeweils konkrete Lösungen suchen, Wege dorthin aufzeigen und auch die Umsetzung begleiten. Ein Thema, das zum Beispiel aktuell auf den Nägeln brennt, ist die für Schulleitungen, Lehrer*innen und Schüler*innen gleichermaßen unzumutbare Situation an zahlreichen **BVJs an Berufsschulen**.

Gleichzeitig möchten wir das gute Miteinander und die angenehme Zusammenarbeit der Aktiven nicht missen, denn unsere Treffen, da sei vor allem unserer Vorsitzenden **Michaela Ahmed** gedankt, waren immer hervorragend vorbereitet und äußerst bereichernd.

Aus diesen Gründen verabschieden wir uns...

- von JHVs und Unmengen von Stimmzetteln,
- von stundenlangen Sitzungen,
- von Vorstands- und Delegiertenwahlen – und damit von Ämtern, Funktionen und von Funktionsträger*innen, die diese Aufgabe kaum ausfüllen (können),
- von Protokollen und quälenden Pflichten,
- von der gefühlt „niedrigen Sinnhaftigkeit“ unserer mit viel Hirnschmalz formulierten Anträge, die oft nicht erfolgreich nachverfolgt werden konnten,



- von dem satzungsgemäß festgelegten Begriff der Arbeitsgemeinschaft
- und letztendlich auch von der Bezeichnung AfB, die oft zu unseligen Verwechslungen mit der AfD, der angeblichen Alternative für Deutschland, geführt hat.

...und wir möchten es künftig anders machen...

- mit wechselnder Verantwortung und Zuständigkeit,
- mit intensiverer Öffentlichkeitsarbeit in den (neuen) Medien,
- mit einer besseren Vernetzung mit anderen Bildungsorganisationen und Gremien wie der GEW oder den Elternverbänden und mit unseren Stadträt*innen in den für uns relevanten Ausschüssen,
- mit einer noch stärkeren Öffnung hin zu bildungsinteressierten Menschen außerhalb unserer Partei,
- mit Akzeptanz dafür, dass jede*r so viel oder wenig Zeit einbringt, wie für ihn/sie passend ist,
- mit zeitlich begrenzten Besprechungen (maximal zwei Stunden) und einem Wechsel von Präsenz- und Online-Treffen,
- mit regelmäßigen „Lebenszeichen“ und/oder einem Beitrag im Springenden Punkt

Bildung und Wissen sind die Grundlage für stabile und faire Lebensbedingungen in unserer Gesellschaft. Seit jeher setzt sich die SPD dafür ein, für alle Menschen gleiche Chancen auf gute Bildung zu schaffen: im Bund, auf Landesebene – und hier in Nürnberg.

Wir wollen Bildung in unserer Stadt mit neuen Impulsen und sozialdemokratischen Initiativen stärken und die aktuellen Herausforderungen anpacken. Wir unterstützen Beteiligte und Verantwortliche: Lehrer*innen, Erzieher*innen, Eltern, Schüler*innen, Studierende, Auszubildende, Rentner*innen, ...

Wir bauen, zusammen mit unseren Stadträt*innen, hier in Nürnberg ein Forum für Diskussion und Initiativen auf, das alle Bildungsbetroffenen und Bildungsinteressierten in unserer Partei einbindet. Es soll sich zudem ausdrücklich auch an diejenigen richten, die nicht Mitglieder der SPD sind, aber mit uns zusammen Bildung in Nürnberg voranbringen möchten.

Es gibt so viel zu tun! Packen wir es an.

BILDUNG für die ZUKUNFT
Wir arbeiten daran.

Mehr über uns und unsere Arbeit:



<https://www.spd-nuernberg.de/partei/agv-wind-aa/>
aktivesgremium@afd-bildung.nuernberg.de

Du willst mitdiskutieren und mitgestalten: Kontaktiere uns über afb@spd-nuernberg.de

SPD Soziale Politik für Dich.

zu unserer Arbeit und den Themen, mit denen wir uns dann gerade befassen,

- mit anderen Aktionsformen wie evtl. einem Jour fixe oder einem „Bildungsbier“
- und vielleicht doch mit dem einen oder anderen Antrag, aber nur bei einem künftig veränderten Umgang mit Anträgen hinsichtlich Antragsberatung und vor allem deren zuverlässiger Nachverfolgung.

Für weitere Anregungen sind wir dankbar - und wir freuen uns natürlich auch über SPD-Mitglieder und Nicht-Mitglieder, die Lust haben, sich unter diesen veränderten Rahmenbedingungen einzubringen und sich mit uns aufmachen auf eine spannende Reise zu besserer Bildung in Nürnberg.

DEPORTATIONSFANTASIEN BEI DER EUROPAWAHL DIE ROTE KARTE ZEIGEN!



von RÜDIGER LÖSTER, Sprecher des
AK gegen Rechts der SPD Nürnberg

In den letzten Monaten ist durch die Recherchen von Correctiv deutlich geworden: Die Herren und Damen der faschistischen AfD meinen es ernst! Sehr ernst! Sie schmieden bereits Pläne für den Tag, an dem sie in Regierungsverantwortung kommen: massenhafte Deportationen, verharmlosend „Remigration“ genannt. Das haben sie bei einem Treffen in Potsdam mit anderen Rechtsextremisten und mit Martin Sellner von der Identitären Bewegung besprochen.

Der AfD-Bundestagsabgeordnete René Springer, sozialpolitischer Sprecher seiner Fraktion, bestätigte nach der „Correctiv“-Recherche am 10. Januar auf X: : „Wir werden Ausländer in ihre Heimat zurückführen. Millionenfach. Das ist kein Geheimplan. Das ist ein Versprechen.“

Und nicht mehr überraschen dürfte dann, dass die AfD-Fraktion und ihre Abgeordneten im Deutschen Bundestag in ihren Büros mehr als 100 Personen beschäftigen, die in von deutschen Verfassungsschutzämtern

als rechtsextrem eingestuften Organisationen aktiv sind. Der Bayerische Rundfunk berichtete, dass auch die Fraktion und Abgeordnete der AfD im Bayerischen Landtag mehrere Mitarbeiter aus dem rechtsextremen Spektrum beschäftigen.

Ebenso wenig überraschend ist es, dass inzwischen bekannt wurde, dass die beiden Spitzenkandidaten der AfD zur Europawahl, Krahn und Bystron, mutmaßlich erhebliche Geldzahlungen aus russischen Quellen erhalten haben sollen.

Und Europa, die EU? Der Spitzenkandidat Krahn fordert einen „Reset und Neustart“ nach dem Prinzip „einmal Stecker ziehen, einmal Stecker wieder reinsetzen und neues Betriebssystem aufspielen“. Falls das scheitert, sei ein Austritt denkbar, sagte die AfD-Parteichefin Weidel einer britischen Zeitung: Der Brexit sei „verdammt richtig“ gewesen. „Es ist ein Modell für Deutschland.“

Ein Austritt aus der EU würde katastrophale wirtschaftliche Folgen haben, stellt dagegen der wissenschaftliche Dienst des Bundestages fest: Deutschland profitiere als Exportnation besonders stark vom Binnenmarkt. Hunderttausende demonstrierten inzwi-

schen bundesweit in den letzten Wochen gegen die AfD, auch in Nürnberg fanden zwei Kundgebungen statt mit jeweils mehr als 20.000 Teilnehmer*innen. Organisiert vom Bündnis Nazistopp und von der Allianz gegen Rechtsextremismus. Und das Engagement gegen die rechtsextreme, rassistische, demokratie- und europafeindliche Partei geht weiter, muss weitergehen: denn wir haben es mit einer sehr modernen Erscheinungsform des völkischen Nationalismus zu tun, dessen erklärtes Ziel es ist, die kulturelle Hegemonie zu erlangen. Das Konzept der Neuen Rechten ist erfolgreich, weil es mit minimalem Aufwand eine maximale Öffentlichkeit herstellt. Demokratie wird verächtlich gemacht, Hass auf Andersdenkende gepredigt.

Die AfD und ihre Funktionäre sind nicht Teil des demokratischen Diskurses in unserer Gesellschaft. Sie stehen mit allem, was sie sagen und was sie tun, außerhalb des demokratischen Spektrums. Der einzig richtige Umgang mit ihnen ist, ihre Parolen zu entlarven, sie auszugrenzen, sie von jeder Beteiligung fernzuhalten.

Eine gute Nachricht für die Rentnerinnen und Rentner: Mit einem neuen Rentenpaket wollen wir sicherstellen, dass das Rentenniveau dauerhaft stabil bleibt. Und die Erwerbstätigen bekommen das Signal, dass sie weiterhin auf die gesetzliche Rente zählen können.

Schon 2018 hatte die SPD mit Andrea Nahles das Modell der „Doppelten Haltelinie“ bei der Rente durchgesetzt. Festgeschrieben wurde, dass das Rentenniveau nicht unter 48 Prozent sinken darf und der Beitragssatz für die Rentenversicherung nicht über 20 Prozent steigt. Das Rentenniveau betrachtet das Verhältnis zwischen Standardrente und Durchschnittseinkommen (es bedeutet nicht, dass man 48 Prozent des letzten Lohnes als Rente erhalten würde). Die individuelle Rentenhöhe ist abhängig vom eigenen Versicherungsverlauf. Im Kern sorgt ein stabiles Rentenniveau dafür, dass die Renten sich im Gleichschritt mit den Löhnen entwickeln. Der Grund für unsere „Doppelte Haltelinie“ war, dass das Rentenniveau ohne ein Eingreifen aufgrund der älter werdenden Gesellschaft absehbar gesunken wäre. Schritt für Schritt wäre die gesetzliche Rente entwertet worden. Das haben wir verhindert. Warum gab es dann jetzt rentenpolitischen Handlungsbedarf?

Damals konnten wir wegen des Widerstandes von CDU und CSU die Regeln zunächst nur bis 2025 festschreiben. Nun soll das von der SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzte **zweite Rentenpaket** kommen:

- **Das Rentenniveau soll bis 2040 nicht absinken.** Dies garantiert eine „Niveauschutzklausel“ in der Rentenanpassungsformel. Im Jahr 2035 soll ein Bericht vorgelegt werden, ob noch Maßnahmen nach 2040 notwendig sind, um das Rentenniveau stabil zu halten.
- **Der Beitragssatz zur Rentenversicherung** wird voraussichtlich bis 2027 stabil bleiben (18,6 Prozent) und danach maßvoll steigen (die Sicherung des Rentenniveaus ist nicht ganz kostenlos zu haben). Ab 2028 wird der Beitragssatz voraussichtlich auf 20 und ab 2035 auf 22,3 Prozent steigen.
- Den Anstieg der Rentenbeiträge wollen wir durch ein neues **Generationenkapital** dämpfen. Damit wollen wir einen Kapitalstock aufbauen, dessen Erträge aus Anlagen am Kapitalmarkt (z.B. Aktien) ab dem Jahr 2036 an die Rentenversicherung fließen. Die Rente bekommt also eine weitere Finanzierungssäule. Hierdurch soll der Beitragssatz ab 2036 stabil bleiben. In das Generationenkapital fließen keine Rentenbeiträge, sondern nur Steuermittel. Es besteht also kein Risiko für die Rentenversicherung.



Ich glaube, dass die meisten Menschen dazu bereit sind, ein paar Euro mehr an Rentenbeiträgen zu bezahlen, wenn das die Rente heute und morgen stabilisiert. Auch wenn man mit vielen Renten keine großen Sprünge machen kann, bietet die gesetzliche Rente eine **Grundsicherheit**, die wir uns als Gesellschaft leisten müssen – gerade auch für diejenigen, die noch nicht im Rentenalter sind.

Der Spiegel fragte schon im Jahr 1985: Wer trägt die Last im Jahr 2000, wenn immer weniger Beitragszahler immer mehr Ruheständler ernähren müssen? Die Katastrophe ist ausgeblieben. Und die SPD sorgt dafür, dass es dabei bleibt! Trotz älter werdender Gesellschaft ist der Beitragssatz nicht explodiert, sondern seit sieben Jahren stabil. Zu den Gründen dafür gehört, dass die **Erwerbstätigenquote** gestiegen ist: Bei den Frauen auf zuletzt 73,6 Prozent – fast 15 Prozentpunkte mehr als vor zwanzig Jahren. Bei den Älteren (60 bis 64 Jahre) sogar um 16 Prozentpunkte allein in den letzten zehn Jahren. Hinzu kommt die **Erwerbsmigration**, die wir mit dem **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** erheblich erleichtern. Wir haben in Deutschland derzeit so viele Beschäftigte – und damit Einzahlende in die Rentenversicherung – wie noch nie. Die Gewerkschaften haben zahlreiche gute **Lohnerhöhungen** verhandelt, und wir haben die **Mindestloohnerhöhung** durchgesetzt. Wenn wir über gute Arbeit, Kitas, Ganztagschulen, Erwerbsmigration und vieles mehr reden, dann geht es immer auch um die Zukunft der Rente! Das hat übrigens die AfD überhaupt nicht verstanden.

Jenseits der „Pakete“ hat die SPD noch viel mehr für die Rente getan. 2021 ist die **Grundrente** in Kraft getreten: 1,1 Millionen Menschen – mehrheitlich Frauen – profitieren von diesem automatischen Zuschlag zur Rente für diejenigen, die zwar langjährig eingezahlt haben aber nur niedrige Renten beziehen. Verbessert haben wir auch

die Leistungen bei der **Erwerbsminderungsrente**. Hier hatten wir zunächst für „Neuzugänge“ einen Zuschlag durchgesetzt, den wir ab Juli 2024 auch für Bestandsrenten ausweiten wollen. Rentnerinnen und Rentner mit geringen Einkünften profitieren von unserer großen **Wohngeldreform**, die einen dauerhaften Heizkostenzuschuss enthält und den durchschnittlichen Wohngeldbetrag mehr als verdoppelt.

- Übrigens: Der von Sahra Wagenknecht und zum Teil auch der AfD getätigte Verweis auf höhere Renten in **Österreich** hilft uns nicht weiter. Dass das nicht seriös ist, sagt auch die Rentenversicherung selbst. Man kann nur Gesamtsysteme vergleichen. So müssen Rentnerinnen und Rentner in Österreich ihre Renten vollständig versteuern und das zu höheren Steuersätzen als in Deutschland. In Österreich bekommt man überhaupt erst eine Rente, wenn man 15 Jahre lang eingezahlt hat. In Deutschland dagegen schon nach 5 Jahren. Hierzulande gibt es deswegen viel mehr Minirenten, die den Schnitt nach unten ziehen. Hinzu kommt: Wenn jemand hierzulande normal beschäftigt war und dann verbeamtet wurde, erscheint in der Statistik eine Mini-Rente, auch wenn die reale Person eine hohe Pension erhält.

Unser langfristiges Ziel bleibt, dass **alle Erwerbstätigen künftig in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen** werden. Es ist vor allem eine Frage der Gerechtigkeit, die unterschiedlichen Systeme zusammenzuführen. Das benötigt allerdings politische Mehrheiten, die es im Moment nicht gibt. Bis zu einer solchen Jahrhundertreform, die möglicherweise auch eine Grundgesetzänderung mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat benötigen würde, ist es also noch ein weiter Weg, da unser System historisch gewachsen ist.

Ein ereignisreicher Monat liegt hinter uns. Auch im Bayerischen Landtag war wieder einiges los:

Mehr Ressourcen für Grundschulen bereitstellen, statt kreative Fächer kürzen!

Als Reaktion auf das schlechte Abschneiden deutscher Schüler*innen bei der jüngsten Pisa-Studie wollen die Fraktionen von CSU und Freie Wähler nun die musisch-kreativen Fächer (Musik, Kunst sowie Werken und Gestalten) an bayerischen Grundschulen kürzen, indem diese zu einem Fächerverbund zusammengefasst werden. Zudem wird Schulen die Möglichkeit gegeben, Englischunterricht auf nur eine Stunde in der Woche zu reduzieren. Durch diese Umstrukturierung soll Platz für zusätzliche Mathe- und Deutschstunden geschaffen werden.

Ich halte eine stärkere Förderung von Mathematik und Deutsch durchaus für sinnvoll. Dies darf aber nicht auf Kosten von anderen Fächern durchgesetzt werden. Schließlich fördern Musik und Kunst unter anderem Kreativität und kritisches Denken und gute Englischkenntnisse sind in unserer immer stärker globalisierten Welt unabdingbar.

Um zu verhindern, dass CSU und Freie Wähler ihre eigenen Versäumnisse in der Bildungspolitik dadurch ausgleichen, dass sie eine Förderung von Mathematik und Deutsch auf Kosten anderer Fächer durchsetzen, haben wir als SPD-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem wir die Staatsregierung auffordern, mehr Ressourcen für Grundschulen bereitzustellen, anstatt kreative Fächer zu kürzen.

Handwerk stärken - Mittelstand fördern: Förderungsmaßnahmen in Umbruchzeiten

Das Handwerk steht vor enormen wirtschaftlichen Umbrüchen und einem großen Transformationsdruck. Hohe Energiekosten und eine schwache Nachfrage führen zusammen mit dem bestehenden Fachkräftemangel dazu, dass die Zukunft zahlreicher Handwerksbetriebe ungewiss ist. Deswegen haben wir die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um das Bestehen unserer bayerischen Handwerksbetriebe zu sichern. Wir fordern unter anderem, Betriebsgründungen und -übernahmen sowie Weiterbildungen gezielt zu fördern, die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland sowie die Arbeitsintegration von Geflüchteten zu erleichtern und ein verpflichtendes Praktikum in einem Ausbildungsberuf während der Sekundarstufe einzuführen.

Des Weiteren plädieren wir für eine Verpflichtung zur Tarifbindung bei öffentlichen



BERICHT AUS DEM LANDTAG

Aufträgen, da der geringe Anteil an tariflich geregelten Arbeitsverträgen im Handwerk zur Folge hat, dass Fachkräfte aufgrund von niedriger Bezahlung in andere Branchen wechseln.

Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen - Maßnahmen zum Schutz von Frauen unverzüglich umsetzen

Gewalt gegen Frauen ist noch immer ein großes Problem in unserer Gesellschaft. Jedes Jahr werden in Bayern 50 000 Frauen Opfer von Gewalt. Jede dritte Frau ist von häuslicher Gewalt betroffen und alle drei Tage stirbt in Deutschland eine Frau durch Gewalt in Partnerschaften, Tendenz steigend. In einem Dringlichkeitsantrag fordern wir deshalb mehr Hilfsangebote für von Gewalt bedrohte Frauen, bessere Gewaltprävention, bessere Spurensicherung bei Gewalttaten gegen Frauen und eine konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt.

Austausch mit dem Aktionsbündnis „Lass retten!“ und den bayerischen Fanhilfen

Am 20. März besuchten uns Vertreter des

Aktionsbündnisses „Lass retten!“ im Landtag. Das Bündnis setzt sich für die Bekämpfung von Gewalt an Rettungskräften ein. Leider nehmen Übergriffe gegen Feuerwehr, Polizei und Sanitäter*innen auch in Bayern weiter zu. Trotzdem wurde in den vergangenen Jahren von Seiten der Staatsregierung wenig getan, um diesem besorgniserregenden Trend entgegenzusteuern. Die aufschlussreichen Gespräche haben mich in dem Glauben bestärkt, dass wir für mehr Respekt für Rettungskräfte, Polizist*innen und Feuerwehrleute sorgen müssen, seitens der Politik, aber auch durch die Gesellschaft.

Als weiteren Gast durften wir Vertreter der bayerischen Fanhilfen im Maximilianeum begrüßen. Der Zusammenschluss lokaler Organisationen aus Augsburg, Fürth, München, Nürnberg, Regensburg und Würzburg setzt sich für eine Stärkung der Rechte von Fußballfans ein. Gemeinsam haben wir über die Rolle des Staates und der Polizei bei Fußballspielen diskutiert. Da für viele Menschen der Besuch im Fußballstadion Teil ihrer Freizeit ist, ist es auch unsere Aufgabe als Abgeordnete, dafür zu sorgen, dass sie sich dort wohl fühlen.

MAFIA – EIN ITALIENISCHES PROBLEM?



von GIUSI FISICHELLA
(Stv. Vorsitzende der Jusos Nürnberg)

Am 2. März 2024 fand in Nürnberg eine Veranstaltung mit dem Titel „Mafia- ein italienisches Problem?“ statt. Die italienische Mafia agiert auch in Deutschland, leider bekommt dieses Thema nur selten mediale Aufmerksamkeit. Dabei wird Deutschland oft als „Waschmaschine Europas“ bezeichnet, Grund hierfür ist u.a., dass es hier keine Bargeldobergrenze gibt, was es für die Mafia attraktiv macht, große Mengen an illegal erworbenem Geld in der Bundesrepublik zu waschen. Im letzten Jahr haben kriminelle Organisationen schätzungsweise 100 Milliarden Euro in Deutschland gewaschen, die italienische Mafia hatte hier einen großen Anteil. Über 1000 Mitglieder der italienischen Mafia leben laut dem Bundesinnenministerium aktuell in Deutschland. Über das Agieren der Mafia in Deutschland diskutierten Giuseppe Lumia (ehemaliger Präsident der italienischen Anti-Mafia-Kommission), Sandro Mattioli (Autor und Vorsitzender des Vereins Mafianeindanke), Elio Sanchez (Mitglied der Giovani Democratici Sardinien) und Samuel Herrmann (Innenpolitischer Sprecher der Jusos Bayern) gemeinsam mit Giusi Fisichella (Stv. Vorsitzende der Jusos Nürnberg), welche die Veranstaltung moderierte. Die Veranstaltung wurde bilingual (Deutsch-Italienisch) durchgeführt. Zunächst wurde der Begriff Mafia durch Giuseppe Lumia erläutert. Er bezeichnete

diese als „integriertes, lokales und globales Machtssystem“. Die Mafia sei auch eine Art „Pseudokultur“, welche auf die systemische Ausübung von Gewalt und Einschüchterung, auf Omertà (Geheimhaltung) und auf der Umwandlung von Rechten in Gefälligkeiten gründet. Samuel Herrmann erklärte den Begriff der Geldwäsche und welche Behörden bei der Bekämpfung von dieser involviert sind. Sandro Mattioli schilderte die Situation in Deutschland. Er erklärte, dass die Mafia auch in Deutschland agiert und dass es hier im Vergleich zu Italien zu wenig passende Gesetze zur Bekämpfung von kriminellen Organisationen gibt. Als Beispiel wurde u.a. die Beweislastumkehr genannt, in Italien müssen die Beschuldigten die legale Herkunft der Vermögenswerte nachweisen, in Deutschland müssen die Ermittlungsbehörden beweisen, dass das Geld eine illegale Herkunft hat. Darüber hinaus gibt es zu wenig spezialisiertes Personal bei den zuständigen Behörden, welche die organisierte Kriminalität bekämpfen sollen. Dies erschwert die Bekämpfung von kriminellen Organisationen erheblich. Das Publikum diskutierte aktiv mit und stellte zahlreiche Fragen. Sandro Mattioli empfahl auf Nachfrage die Homepage www.legalundlecker.de. Hier kann man italienische Produkte erwerben, die von Anti-Mafia-Organisationen angeboten werden. Darüber hinaus kann man sich beim Verein mafianeindanke (www.mafianeindanke.de) engagieren, z.B. in der bayerischen Regionalgruppe. Die Anti-Mafia-Veranstaltung hat die

Dringlichkeit unterstrichen, die Bekämpfung der Mafia in Deutschland zu verstärken und angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um dieser abstrakten Bedrohung wirksam zu begegnen. Es ist wichtig, den Kampf gegen die Mafia und der organisierten Kriminalität im Allgemeinen zu verstärken, um zu verhindern, dass die Mafia die Wirtschaft und die Gesellschaft in Deutschland unterwandert. Ein erster Schritt wäre, sich dieses Problems bewusst zu werden und ihm sowohl gesellschaftlich als auch politisch mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Jusos Nürnberg haben einen Antrag zur Einführung einer Bargeldobergrenze eingebracht, dieser hat bereits die Zustimmung im Bezirk gefunden und wird demnächst auf der Landeskonferenz der Jusos behandelt.

Am Ende der Veranstaltung war die Antwort klar: Die Mafia ist auch ein deutsches Problem!





Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



Foto: M. König



FRAGEN UND REDEN SIE MIT!

EUR★PA-EMPFANG

mit

KATARINA BARLEY MdEP

Spitzenkandidatin der SPD zur Europawahl

DR. NASSER AHMED

Vorsitzender SPD Nürnberg

MATTHIAS DORNHUBER

Europakandidat für Mittelfranken



JETZT ANMELDEN!

MAI/JUNI
2024

ALLE TERMINE AUF
EINEN BLICK

20.05.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

21.05.2024 – 14:00 Uhr

AG60+: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

22.05.2024 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:
Mitgliederversammlung
Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

24.05.2024 – 16:00 Uhr

SPD Nordost: Frühjahrsputz im Stadtteil
Leipzigerplatz, 90491 Nürnberg

27.05.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

30.05.2024 – 18:00 Uhr

Nordostbahnhof-Kirchweih Bieranstich
Leipzigerplatz auf der Wiese
90491 Nürnberg

02.06.2024 – 11:00 Uhr

Nordostbahnhof: Kirchweih Fröschoppen
Leipzigerplatz auf der Wiese
90491 Nürnberg

03.06.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

04.06.2024

Mieterberatung
Termine unter: 0911 43896 0

04.06.2024 – 19:00 Uhr

SPD Langwasser: Vorstandssitzung

10.06.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

11.06.2024

Mieterberatung
Termine unter: 0911 43896 0

11.06.2024 – 19:30 Uhr

SPD Nordost: Mitgliedertreffen
SIGENA-Plauenerstr.7, 90491 Nürnberg

12.06.2024 – 19:00 Uhr

AK Umwelt: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

17.06.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

19.06.2024 – 19:00 Uhr

SPD Hummelstein:
Mitgliederversammlung
Wirtshaus Galvani, Galvanistr. 10,
90459 Nürnberg

19.06.2024 – 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

24.06.2024 – 19:30 Uhr

Jusos: Montagssitzung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

25.06.2024 – 14:00 Uhr

AG60+: Mitgliederversammlung
Käte-Strobel-Raum, Karl-Bröger-Zentrum

25.06.2024

Mieterberatung
Termine unter: 0911 43896 0

28.06.2024

Kärwa Kornburg

Bitte beachten, dass es zu terminlichen Abweichungen kommen kann. Bitte informiere dich rechtzeitig bei deinen Ortsvereinsvorsitzenden oder im SPD-Büro, ob der jeweilige Termin stattfindet.



www.spd-nuernberg.de



facebook.com/spd.nuernberg



instagram.com/spdnuernberg